



Kommunale Spitzenverbände Sachsen-Anhalt



05. Oktober 2006

Pressemitteilung

„Gipfel-Treffen“ beider kommunalen Spitzenverbände in Halle (Saale):

Kommunen bekräftigen Ablehnung der Finanzkürzungen

„Die Landesregierung will die Kommunalfinanzen einseitig zugunsten des Landeshaushalts kürzen, ohne die Finanzsituation der Gemeinden, Städte und Landkreise angemessen zu würdigen. Die vorgesehenen Einschnitte beim kommunalen Finanzausgleich werden daher von uns weiterhin strikt abgelehnt“, erklärt Ingrid Häußler, Präsidentin des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt, heute in Halle (Saale) nach einer gemeinsamen Sitzung der Geschäftsführenden Präsidien des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt und des Landkreistages Sachsen-Anhalt.

„Die Landesregierung hat insbesondere die weiter steigenden Kosten für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II („Hartz IV“) sowie unsere Belastungen aus der Vorbereitung und Umsetzung der Kreisgebietsreform zum 01. Juli 2007 völlig unberücksichtigt gelassen“, ergänzt Dr. Michael Ermrich, Präsident des Landkreistages Sachsen-Anhalt, die gemeinsame Kritik. Einvernehmlich sehen beide kommunalen Spitzenverbände mit dem Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2007 die verfassungsmäßig garantierte Mindestausstattung der Kommunen im Land Sachsen-Anhalt als nicht mehr gegeben an. Sollte der Landtag die dringend notwendigen Korrekturen nicht vornehmen, schließen beide Verbände eine Überprüfung des Gesetzes vor dem Landesverfassungsgericht Sachsen-Anhalt nicht aus. Eine Vielzahl von Kreistagen hat bereits entsprechende Beschlüsse gefasst, um die Erfolgsaussichten einer möglichen Verfassungsbeschwerde gegen das Haushaltsbegleitgesetz 2007 prüfen zu lassen.

Besonders verärgert reagieren beide kommunalen Spitzenverbände auf den Vorschlag der Landesregierung, die Landkreise und kreisfreien Städte mit 9,6 v. H. an den jährlichen Aufwendungen des Landes für die überörtliche Sozialhilfe zu beteiligen. „Hier wird uns eine Last aufgebürdet, für die allein das Land als Aufgabenträger zuständig ist. Von Konsolidierungspartnerschaft kann daher nun wirklich keine Rede sein“, erläutert Frau Präsidentin Häußler. „Die vor zwei Jahren gegründete staatliche Sozialagentur scheint offensichtlich die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt zu haben. Dies liegt aber allein in der Verantwortung des Landes“, stellt Präsident Dr. Ermrich abschließend fest.

V. i. S. d. P.:

Geschäftsführer Heinz-Lothar Theel, Telefon: 0391/5653110 u. 0172/3808291

Landesgeschäftsführer Dr. Bernd Kregel, Telefon: 0391/5924300, 0171/ 8605273